

Roland Schäfer
Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Bürgermeister der Stadt Bergkamen

Zuwanderung und Integration aus kommunaler Sicht

V O R T R A G

**auf der 30. Mitgliederversammlung von "Arbeit und Leben
Nordrhein-Westfalen" am 21. Juni 2001 in Düsseldorf**

I. Einleitung

Als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und zugleich als Bürgermeister von Bergkamen möchte ich die kommunale Position zu den Fragen von Zuwanderung und Integration sowohl aus der Sicht eines kommunalen Spitzenverbandes als auch aus der ganz konkreten Sicht der Erfahrungen und Handlungsansätze in der Stadt Bergkamen darstellen.

II. Positionen des DStGB

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) ist der bundesweite kommunale Spitzenverband der kreisangehörigen Städte- und Gemeinden der Bundesrepublik. In 16 Landesverbänden sind ca. 14.000 Kommunen mit insgesamt etwa 43 Mio. Einwohnern im DStGB vertreten.

Fragen der Zuwanderung und der Integrationsprobleme sind regelmäßig Themen des DStGB. Der Grund dafür liegt darin, dass Probleme mit ausländischen Bevölkerungsgruppen häufig im kommunalen Bereich - von den Kindergärten über Schulen bis hin zu Freizeiteinrichtungen - unmittelbar spürbar sind.

Die Positionen des DStGB lassen sich wie folgt umreißen:

1. Deutschland ist bereits jetzt ein Einwanderungsland.

Bereits heute haben wir Wanderungsbewegungen in Deutschland von ca. 1 Mio. Personen pro Jahr. Es ist keineswegs so, dass nur Menschen nach Deutschland

zuwandern, viele wandern auch wieder ab. In den letzten Jahren hatten wir einen Zuwanderungsüberschuss von ca. 200.000 Personen pro Jahr. Wenn man dies mit den klassischen Einwanderungsländern, wie z. B. den USA, vergleicht, ist festzustellen, dass wir zumindest faktisch bereits jetzt ein Einwanderungsland sind, auch wenn die Zuwanderung bislang völlig ungeordnet erfolgt.

2. Wir brauchen Zuwanderung.

Nach den neuesten Bevölkerungsvorausrechnungen des Statistischen Bundesamtes vom Juli 2000 wird sich die Bevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2050 auf 65 bis 70 Mio. Menschen reduzieren. Ohne den Zuwanderungsüberschuss der ausländischen Bevölkerung ginge die deutsche Bevölkerung sogar auf 59 Mio. zurück.

Zusätzlich wird es künftig viel mehr ältere und weniger junge Menschen geben. Zurzeit liegt der sogenannte Altenquotient bei 40, d. h. 100 Menschen im Erwerbsalter stehen 40 Personen im Rentenalter gegenüber. Dabei geht man von einem Rentenzugangsalter von 60 Jahren aus. Im Jahre 2050 werden 100 Menschen im Erwerbsalter 80 Personen im Rentenalter gegenüber stehen.

Dies macht deutlich, dass wir aus demographischen Gründen Zuwanderung brauchen. Das Boot ist nicht voll, sondern in absehbarer Zukunft halb leer und wir werden es alleine nicht rudern können. Dabei kann es nicht darum gehen, durch Zuwanderung den heutigen Stand der Bevölkerung zu halten, sondern allein darum, den Rückgang nicht zu abrupt werden zu lassen. Dies müssen wir auf allen politischen Ebenen den Menschen klarmachen, die darauf zurzeit in keiner Weise vorbereitet sind.

3. Die Pendlerimmigration wird an Bedeutung gewinnen.

Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass vor dem Hintergrund der Globalisierung der Märkte die sogenannte Pendlerimmigration dramatisch zunimmt. Schon heute ist Deutschland vor dem Hintergrund der früheren Anwerbung von Ausländern an der Spitze einer derartigen Immigration. Dies sind Personen, die einige Jahre in Deutschland weilen, dann in ihr Heimatland zurückkehren oder in ein anderes Land wechseln und später möglicherweise wieder den Weg nach Deutschland suchen. Ein solches Verhalten wird ganz erhebliche Auswirkungen auf unsere Schulsysteme und auf unsere Integrationsbemühungen haben.

4. Ein europäischer und regionaler Wettbewerb um die qualifiziertesten Zuwanderer steht bevor.

Schon heute tun wir uns schwer, genügend Informatiker aus Drittländern zu gewinnen, da diese offenbar die USA oder England vorziehen. Dieser Prozess wird eher noch zunehmen. Die übrigen europäischen Staaten wie z. B. England, sind im Begriff, ein relativ offenes Zuwanderungsgesetz zu verabschieden. Das wird kurzfristig zu einem Wettbewerb um die qualifiziertesten Zuwanderer führen. Dieser Wettbewerb wird sich nicht nur auf europäischer Ebene abspielen, sondern er wird auch zwischen den

Regionen eines Landes ausgetragen werden.

5. Zurzeit bestehen erhebliche Integrationsdefizite.

Die zurzeit bestehenden Integrationsdefizite zwischen der bei uns lebenden ausländischen Bevölkerung und dem einheimischen Bevölkerungsteil sind erheblich:

- Die Arbeitslosigkeit unter Ausländern ist doppelt so hoch, wie die unter der deutschen Bevölkerung und beträgt rund 20 %.
- Der Anteil der Ausländer, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, stieg in den letzten Jahren auf einen etwa 3-fach so hohen Wert wie bei der deutschen Bevölkerung.
- 17 % aller jungen Ausländerinnen und Ausländer verlassen die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss. Bei den Deutschen sind es nur 9 %.
- Einen qualifizierten mittleren oder höheren Schulabschluss erreichen nur 46 % der Ausländer, während es bei den Deutschen 67 % sind.
- Dementsprechend spiegelt sich das auch bei der Berufsausbildung wieder. 33 % aller Ausländerinnen und Ausländer erzielen keinen Berufsabschluss. Bei den Deutschen sind es lediglich 8 %.

6. Bildung ist der zentrale Angelpunkt der Integration.

Wir dürfen nicht isoliert über Zuwanderung diskutieren, sondern nur im Zusammenhang mit einer entsprechenden Integrationspolitik. Dabei ist der zentrale Angelpunkt der Integrationsbemühungen die Bildung. Hierbei steht sicher die Vermittlung der deutschen Sprache im Vordergrund. Ebenso ist aber auch Qualifizierung und persönliche Beratung und Einführung in unser Gesellschafts-, Rechts- und Wertesystem erforderlich. Wir brauchen eine echte Bildungsoffensive.

Dies bedeutet allerdings auch eine erhebliche finanzielle Herausforderung. Wenn wir wirklich eine effektive Integration wollen, werden wir sicherlich mittelfristig Milliardenbeträge investieren müssen. Auch insoweit zeigt ein Blick z. B. in die Niederlande, welche Potentiale mobilisiert werden müssen. Für die Integration von Ausländern wird dort in den ersten 2 Jahren nach Zuwanderung ein Betrag von 1.000,00 DM pro Zuwanderer und Monat ausgegeben, um Integrationsmaßnahmen zu finanzieren.

Wichtig ist dabei auch die Erkenntnis, dass Sprachförderung zwar der zentrale Ansatz sein muss, allein aber nicht ausreicht. Wie das Beispiel Frankreich (Nordafrikaner) oder England (Pakistani, Inder u. a.) zeigt, kann es trotz Beherrschung der Sprache des Gastlandes zu Ghettoisierung und gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen.

7. Forderungen des DStGB für eine neue Integrationspolitik:

- Notwendig ist ein zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmtes Integrationskonzept, in dessen Rahmen der Bund den Zuwanderern Programme mit klar strukturierten Maßnahmen vor allem in den Bereichen Sprachförderung,

berufliche Qualifizierung und Beratung anbietet. Die jetzigen Ressortgrenzen sind zu überwinden. Die bisherigen Unterscheidungen nach Nationalität und Zuwanderungsgrund (Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer etc.) sind aufzugeben.

- Die Programme sind vorrangig an Zuwanderer mit der Perspektive eines dauerhaften Aufenthaltes zu richten. Für andere Personengruppen darf kein Anreiz geschaffen werden, den Aufenthalt in Deutschland über das erforderliche Maß hinaus auszudehnen.
- Integrationsbedarf gibt es nicht nur bei neuen Zuwanderern. In die Integrationsprogramme sind auch schon länger in Deutschland lebende Zuwanderer einzubeziehen.
- Die Integrationsprogramme müssen vom Staat dauerhaft finanziert werden. Mit den bisherigen Mitteln sind die Ziele einer qualitativen Verbesserung und Ausweitung der Integrationspolitik nicht zu erreichen. Die Kommunen leisten ihren Beitrag im Rahmen der örtlichen Durchführung der Integrationsmaßnahmen, durch soziale Leistungen und durch spezifische kommunale Integrationspolitik.
- Es gilt das Prinzip "Fordern und fördern". Es muss also diskutiert werden, ob und wieweit z. B. die Teilnahme an Sprachkursen auch zur Pflicht gemacht und dazu mit positiven oder negativen Sanktionen motiviert bzw. angehalten werden kann. Dazu gehört auch die Klärung der Frage, wieweit die Begünstigten Eigenbeiträge zu leisten haben.
- Soweit die Wirtschaft nach dauerhafter Zuwanderung bestimmter Gruppen verlangt, ist sie auch an der Sicherstellung notwendiger Integrationsmaßnahmen finanziell zu beteiligen.
- Die neue Zuwanderungs- und Integrationspolitik muss mit massiver Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, um die notwendige Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung zu erreichen. Dazu gehören:
 -
 - Eine wirksame Bekämpfung illegaler Zuwanderung.
 - Eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren.
 - Eine Mobilisierung der vorhandenen Erwerbspotenziale in der deutschen Bevölkerung durch Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose sowie insbesondere eine Erleichterung der Frauenerwerbstätigkeit durch verbesserte Betreuungsangebote und ähnliche Maßnahmen.
 - Letztlich muss auch die Wirtschaft ihren Beitrag leisten, z. B. durch vergrößerte Bereitschaft, Teilzeittätigkeiten, verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten und betriebsinterne Weiterbildung und Umschulung anzubieten.

III. Handlungsansätze und Erfahrungen aus der Stadt Bergkamen

Seit einigen Jahren gibt es in der Stadt Bergkamen eine Vielfalt von Angeboten und Anstrengungen, um die Integration von Zuwanderern voranzubringen. Diese Bemühungen sind von unterschiedlichem Erfolg geprägt. Die Erfahrungen in Bergkamen nehmen nicht in Anspruch, repräsentativ zu sein. Allerdings ist aus anderen Kommunen des Ruhrgebietes häufig ähnliches zu hören. Im übrigen sind auch in Städten mit einem hohen Anteil von Aussiedlern durchaus vergleichbare Integrationsschwierigkeiten bekannt.

1. Ausgangslage

Bergkamen ist ein Mittelzentrum am Ostrand des Ruhrgebietes zwischen Dortmund und Hamm gelegen. Zum Stichtag 31.12.2000 wies die Stadt 52.732 Einwohnerinnen und Einwohner auf. Die Zahl der registrierten Ausländer belief sich auf 5.820 Personen gleich 11,04 %. Die größte Nationalitätengruppe ist dabei der türkische Bevölkerungsanteil mit 4.512 Personen gleich 8,5 % der Gesamtbevölkerung.

Grund für den Ausländeranteil ist die Bergbauvergangenheit der Stadt. Bis vor kurzem konnte sich Bergkamen noch als Europas größter Steinkohlenzechenstandort mit 2 Schachtanlagen und etwa 10.000 Arbeitsplätzen auf dem Stadtgebiet bezeichnen. Diese Bergbaugeschichte, die 1890 mit der Abtäufung des ersten Schachtes begann, ist vor 3 Wochen mit der Förderung der letzten Tonne Kohle endgültig zu Ende gegangen. Seit über 100 Jahren ist die Entwicklung der Stadt durch Bergbau-bedingte Zuwanderung geprägt. Dies war zunächst eine deutsche Binnenwanderung, etwa aus Bayern. So gibt es bis heute einen sehr aktiven Bayernverein mit eigenem Vereinshaus, der Bayernalm, und einem regen Vereinsleben mit Volkstanzgruppen und ähnlichem. Hier ist übrigens die Integration voll gelungen. Später kamen Zuwanderer aus Ostpreussen, Schlesien und Polen. Dies ist alles vergleichbar mit der Zuwanderung in den übrigen industriellen Ballungsgebieten. Die letzte Zuwanderungswelle nach dem Kriege setzte sich aus Türken zusammen. Überwiegend aus dem Schwarzmeergebiet (Sunniten) und zu einem kleineren Teil aus der Region um Adana (überwiegend Aleviten).

Die Arbeitslosigkeit in Bergkamen beträgt insgesamt 15,5 %, die Arbeitslosigkeit unter dem ausländischen Bevölkerungsanteil beträgt 26,8 %. (Stichtag 31.03.2001)

2. Entwicklungstendenzen und Probleme

Im Laufe der letzten 20 Jahre hat sich eine **Konzentration der türkischen Wohnbevölkerung** in bestimmten städtischen Wohngebieten herausgebildet. Es gibt Straßenzüge mit 100 % türkischer Bevölkerung. Spürbar ist diese Konzentration insbesondere in einem innerstädtischen zentralen Siedlungsbereich (der sogenannten "Alte Kolonie"), in dem zurzeit ca. 80 % türkische Bevölkerung leben. Dabei konnte ein Verdrängungsvorgang insofern festgestellt werden, dass in den Mietshäusern (im Durchschnitt 6 Mietparteien) ab dem Vorhandensein von 2 türkischen Familien ein Auszug der deutschen Bewohner erfolgte. Da die Wohnungsbaugesellschaft verständlicherweise keinen Leerstand wünschte, kam eine Nachfolgevermietung jeweils nur an türkische Interessenten in Betracht.

Zwar ist es sicher übertrieben, von einer Ghettoisierung oder einer Segregation zu sprechen, feststellbar ist allerdings eine **zunehmende ökonomische und soziale Verselbstständigung** im Bereich dieser Wohnkonzentrationen. Beispielfähig seien aufgeführt: Türkische Lebensmittelgeschäfte, KFZ-Handel, Elektrohandwerk, Friseur, Dönerbuden, Tankstelle, Immobilien, Makler, Reisebüros und Ärzte. Die türkische Bevölkerung neigt dazu, Geschäfte zu bevorzugen, deren Inhaber ebenfalls türkischer Nationalität sind. Eine gleiche Entwicklung lässt sich auch auf dem Bergkamener Wochenmarkt beobachten, bei dem inzwischen die türkischen Händler in der Mehrheit sind.

Neben den religiös orientierten Vereinen gibt es fünf weitere türkische Vereine (Arbeiter- und Familienverein, Elternverein u. a.) sowie inzwischen drei Sportvereine, deren Mannschaften in der Kreisliga Fußball spielen. Hinzu kommen ca. 10 sogenannte "Teestuben" im Stadtgebiet, in denen nach Erkenntnissen der städtischen Außendienstmitarbeiter regelmäßig Glücksspiele praktiziert werden.

Zu beobachten ist weiterhin eine **Zunahme von religiöser Orientierung** innerhalb des türkischen Bevölkerungsanteils. Dies ist abzulesen zum einen an der deutlich gestiegenen Zahl von Frauen, die mit Kopftuch oder Tschador im Straßenbild feststellbar sind. Außerdem gibt es inzwischen acht religiöse Vereine, davon fünf mit einer eigenen Moschee. Zwei Vereine sind unmittelbar der Organisation Milli Görüs (IGMG) zuzuordnen, die regelmäßig im Verfassungsschutzbericht erscheint.

Eine weitere zu beobachtende Tendenz in Bergkamen ist, dass offensichtlich mehr und mehr türkische Familien ihre Lebensperspektive auf einen **dauerhaften Aufenthalt in Deutschland** ausrichten. Während die erste Generation noch überwiegend "auf ihren Koffern" lebte, werden jetzt zunehmend vorhandene Vermögen in der Türkei aufgelöst und die Gelder in Bergkamen, sei es durch den Kauf von Häusern oder durch den Kauf von Geschäften, investiert.

Die Konzentration von türkischen Zuwanderern in bestimmten städtischen Wohngebieten hat u. a. dazu geführt, dass in den zuzuordnenden **Kindergärten** inzwischen türkisch die vorherrschende Sprache ist. In einer Reihe von Kindergartengruppen sind Kinder mit 2 deutschen Eltern inzwischen eine kleine Minderheit. Auch in der zuzuordnenden **Grundschule** weisen die Klassen einen Zuwandereranteil von fast 50 % auf.

Erwähnt werden muss allerdings auch, dass es - wenn auch nur vereinzelt - türkische Familien gibt, die diesen **Tendenzen bewusst entgegenarbeiten**, in dem sie aus dem türkisch geprägten Wohngebiet wegziehen und Wohngebiete wählen mit überwiegend deutscher Bevölkerung bzw. ihre Kinder in anderen Kindergärten anmelden.

Zwischen der deutschen und der türkischen Bevölkerungsgruppe gibt es **keine feststellbare Gewalttätigkeit**, d. h. keine ausländerfeindlichen oder deutschenfeindlichen Ausschreitungen irgendwelcher Art. Feststellbar ist allerdings eine gewisse latente Spannung.

Die Zunahme von türkischen Geschäften und die Ausdehnung des türkisch geprägten Wohngebietes werden von der direkt benachbarten deutschen Bevölkerung als bedrohlich empfunden. Die Bereitschaft zu Regelverletzungen durch türkische Einwohner, z. B. im Straßenverkehr, beim Umweltschutz oder in der Bauordnung werden beklagt. Von der

deutschen Bevölkerung wird unterstellt, derartige Regelverletzungen würden von Polizei und Stadtverwaltung aus Angst, fremdenfeindlich zu erscheinen, nicht verfolgt. Bei deutschen Jugendlichen, insbesondere bei Mädchen, besteht inzwischen eine erhebliche Zurückhaltung, das Freibad, die Eissporthalle oder die städtischen Jugendheime zu besuchen, aus Angst vor Belästigung durch türkische männliche Jugendliche.

Auch wenn diese Ängste der deutschen Bevölkerung zum Teil auf einer verzerrten Wahrnehmung der Wirklichkeit beruhen, sind sie doch ernst zu nehmen, und nicht als blinde Fremdenfeindlichkeit abzutun.

Eine weitere Tendenz, die in Bergkamen zu beobachten ist, ist bei der türkischen Bevölkerung ein **zunehmendes Desinteresse an Integrationsbemühungen** von deutscher Seite. Eine immer einmal wieder zu hörende Aussage ist, "Integration ist ein Problem der Deutschen". Offensichtlich besteht weitgehend eine grundlegende Zufriedenheit mit der eigenen Situation. Der Wunsch nach zusätzlichen Kontakten mit deutschen Einrichtungen, Institutionen oder Einzelpersonen wird nicht verspürt. Dieses grundsätzliche Desinteresse hat etwa dazu geführt, dass im Jahr 2001 die sonst traditionell übliche "Interkulturelle Woche" mangels Teilnahmebereitschaft der türkischen Vereine, trotz erheblicher Bemühungen der Stadtverwaltung, wahrscheinlich ausfallen muss.

Eine letzte in Bergkamen zu beobachtende Tendenz ist die Tatsache, dass nach Aussage der Kindergärtnerinnen und Grundschullehrer die **Beherrschung der deutschen Sprache** bei den Kindern in den letzten 10 Jahren bei Aufnahme in den Kindergarten bzw. in die Grundschule deutlich nachgelassen hat.

Die Gründe hierfür könnten zum einen in dem immer noch vorhandenen Heiratsverhalten der türkischen Bevölkerung liegen, d. h. junge türkische Männer werden immer noch relativ häufig mit jungen Frauen aus der Türkei, meist aus den Heimatgebieten der hier lebenden Türken, verheiratet. Diese jungen Türkinnen sprechen naturgemäß, wenn sie nach Deutschland kommen, kein Wort Deutsch.

Ein weiterer Grund ist sicher das zunehmend türkisch geprägte Umfeld durch die Konzentration auf bestimmte Siedlungsbereiche und die türkische Ausrichtung auf die entsprechenden Einzelhandelsgeschäfte, Imbissstuben und Vereinstätigkeiten.

Letztlich spielen auch die neuen Medien eine Rolle. Während noch vor 10 Jahren eine gewisse Grundkenntnis an Deutsch erforderlich war, um das Fernsehprogramm zu verfolgen, laufen heute in allen Wohnungen von türkischen Familien über Satellit übertragene türkische Fernsehprogramme und Radioprogramme. Wenn eine Tageszeitung überhaupt gelesen wird, so ist es meistens eine der türkischen Zeitungen.

3. Angebote und Handlungsansätze zur Integration in Bergkamen

In der Stadt Bergkamen gibt es eine ganze Reihe von Initiativen, Aktionen und Angeboten, um der sich abzeichnenden Verselbstständigung des türkischen Bevölkerungsteils entgegen zu wirken, für ein weiterhin friedliches Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu sorgen und um mittelfristig dem Ziel einer Integration aller Bevölkerungsteile näher zu kommen.

3.1 Offizielle Einrichtungen in der Stadt

Seit 1994 gibt es in der Stadt Bergkamen einen direkt von der ausländischen Bevölkerung gewählten **Ausländerbeirat**, entsprechend den Vorgaben der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung. In Bergkamen besteht der 9-köpfige Ausländerbeirat als Ergebnis der Direktwahl vollständig aus türkischen Männern, von denen die Mehrheit religiösen Gruppierungen zuzurechnen ist.

Der Ausländerbeirat ist das offizielle Sprachrohr und Vermittlungsorgan der ausländischen Bevölkerung. Die Sitzungen des Ausländerbeirates werden von der Stadtverwaltung vorbereitet und begleitet. Mit Hilfestellung durch die Stadtverwaltung führt der Ausländerbeirat regelmäßige Sprechstunden für Zuwanderer im Bürgerbüro des Rathauses durch. Der Ausländerbeirat dient auch als Vermittler, um von Seiten der Stadt Gesprächspartner in den Moscheen und in den türkischen Vereinen zu finden.

Zusammen mit dem Ausländerbeirat werden Podiumsdiskussionen und gemeinsame Veranstaltungen organisiert.

Seit etwa 2 Jahren werden die Sitzungen des Ausländerbeirates von Seiten der Stadtverwaltung nicht nur dazu genutzt, um die Wünsche und Forderungen der türkischen Bevölkerung entgegenzunehmen, sondern auch um den Vertretern des türkischen Bevölkerungsteils die Erwartungen der deutsche Bevölkerungsmehrheit hinsichtlich eines Verständnisses und Respektierung ihrer eigenen kulturellen Identität, Gebräuche und Regeln deutlich zu machen.

In diesem Jahr wird in dem Siedlungsbereich mit der höchsten türkischen Bevölkerungskonzentration ein **Stadtteiltreff** eingerichtet, in dem in Zusammenarbeit von Wohnungsbaugesellschaft, Arbeiterwohlfahrt und Stadtverwaltung eine Anlaufstelle für Informationen und Veranstaltungen jeder Art sowie eine Hinführung des türkischen Bevölkerungsanteils zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Teilhabe erfolgen soll. In dem Stadtteiltreff werden z. B. Wohnumfeldverbesserungsaktionen initiiert, Abfallberatung durchgeführt und Sprechstunden des Ortsvorstehers abgehalten.

Seit 1999 gibt es in Bergkamen einen "**Arbeitskreis gegen Rechts**", in dem auf Initiative der Stadt alle Aktivitäten, die sich für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Kulturen aussprechen, zusammengefasst werden. Dieser Arbeitskreis koordiniert zur Zeit 39 Aktivitäten und Maßnahmen der Stadt, der Verbände und der Vereine.

In Bergkamen existiert weiterhin eine "**Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)**". Dies ist eine von insgesamt 27 derartigen Arbeitsstellen in Nordrhein-Westfalen, die sich in ihrer Bildungsarbeit hauptsächlich an Multiplikatoren (Lehrerinnen und Lehrer u. a.) wenden.

Weiterhin gibt es in Bergkamen eine **AWO-Beratungsstelle** mit türkischem Dolmetscherdienst. (Hinweis: Anfänglich beging die AWO den "Fehler", als Dolmetscher einen Türken alevitischer Religionszugehörigkeit einzusetzen. Dieser wurde von der sunnischen türkischen Bevölkerungsmehrheit als Ansprechpartner nicht akzeptiert)

3.2 Ständige Angebote der Stadt

Die Stadt publiziert 3 bis 4-mal im Jahr eine deutsch-türkische **Stadtteilzeitung**, den "Globus". Diese Zeitung informiert zweisprachig über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse in der Stadt. Sie wird mit einer neuntausender Auflage haushaltsdeckend im hauptsächlichen Wohngebiet des türkischen Bevölkerungsteils sowie an öffentlichen Stellen verteilt.

In der Stadtverwaltung arbeitet eine festangestellte türkischstämmige **Dolmetscherin**, die türkischen Bürgerinnen und Bürgern neben Übersetzungsarbeiten auch als Kontaktstelle für die Begleitung bei Behördengängen u.ä. zur Verfügung steht.

Die Stadt unterhält drei **Jugendheime** mit großer Akzeptanz bei ausländischen Jugendlichen. Im städtischen Kinder- und Jugendbüro ist die **Jugendberufshilfe** angesiedelt, die besonders auch für ausländische Jugendliche Beratung und Hilfe bei Ausbildung und Beruf leistet.

Unter Leitung der städtischen Dolmetscherin findet einmal wöchentlich ein **Treff für türkische Frauen** statt.

3.3 Sprachförderung

Die städtische Volkshochschule führt regelmäßig für alle Zuwanderer Sprachkurse als "Deutsch als Zweitsprache" durch.

Für die besondere Zielgruppe von türkischen Frauen aus religiös-konservativ orientierten türkischen Familien hat die Stadt spezielle Deutschkurse in Zusammenarbeit mit den türkischen Moscheevereinen in einer Moschee angeboten. Der Unterricht wurde durch Dozentinnen erteilt.

In einem AWO-Kindergarten mit hohem türkischen Anteil werden Sprachkurse für Kindergartenkinder erteilt.

Organisiert vom städtischen Jugendamt, mehreren Grundschulen und verschiedenen türkischen Vereinen werden Nachhilfeunterricht und gezielte Sprachförderung angeboten.

3.4 Kultur und Religion

Im letzten Jahr wurde in der Bergkamener Stadtbibliothek eine umfangreiche **türkischsprachige Medienecke** mit einer Vielzahl von Medien (Büchern, Kassetten, CD's etc.) für die türkische Bevölkerung eingerichtet. Dieser Investition war eine längere, durchaus kontrovers geführte, Diskussion vorausgegangen, ob ein derartiges Angebot nicht eher zur weiteren Verselbstständigung des türkischen Bevölkerungsteils führen könnte.

Bei **städtischen Veranstaltungen** wird Wert darauf gelegt, auch türkische Gruppen in das Kulturangebot mit aufzunehmen.

Von Seiten der Stadt werden türkische Vereine und Gruppen motiviert, sich an den regelmäßigen Veranstaltungen wie Internationaler Frauentag und Interkulturelle Woche sowie an gelegentlichen Stadtteil- und Straßenfesten zu beteiligen. Die Resonanz von Seiten der türkischen Vereine ist allerdings eher gering.

In der städtischen **Kunstgalerie "Sohle 1"** finden regelmäßig Ausstellungen zeitgenössischer türkischer Künstler statt.

Seit 1994 gibt es eine **offizielle Städtepartnerschaft** zwischen Bergkamen und der türkischen Stadt Tasucu. Die regelmäßigen Kontakte werden insbesondere für einen Austausch von Kinder- und Jugendgruppen, Sportlern und Kulturgruppen genutzt.

Aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Städten Lünen, Kamen und Bergkamen wird ab diesem Jahr ein **muslimisches Gräberfeld** in kommunaler Trägerschaft eingerichtet. Obwohl zur Zeit der überwiegende Teil der in Deutschland Verstorbenen immer noch in die Türkei zur Bestattung überführt wird, wurde von den beteiligten Kommunen dieses Angebot als Signal an die türkische Bevölkerung gesehen, dass es gegen einen dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik keine Einwände gibt.

Letztlich unterstützt die Stadt auch die verschiedenen Initiativen und Aktionen von **Kirchengemeinden, politischen Parteien und Gewerkschaften**, die eine verbesserte Integration und Zusammenleben der Bevölkerungsteile zum Ziel haben.

3.5 Beteiligung an wissenschaftlichen Modellprojekten

In Bergkamen laufen zur Zeit zwei landesweite Modellprojekte, die, vom Land NRW unterstützt, eine Verbesserung des Zusammenlebens der verschiedenen Bevölkerungsteile zum Ziel haben.

Das **Modellprojekt "Integration älterer Migrantinnen und Migranten"** wird in Bergkamen und in Lünen durchgeführt und vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Wissenschaftlich wird das Projekt vom Institut für Gerontologie, Dortmund, begleitet. Mit diesem Projekt sollen die Bedürfnisse älterer Zuwanderer ermittelt, Informationsdefizite bei dieser Gruppe abgebaut und bedarfsgerechte Angebote entwickelt werden.

Das **Modellprojekt "Interkulturelle Stadtentwicklung"** wird vom MASSKS gefördert und in den Städten Solingen, Duisburg und Bergkamen durchgeführt. Mit diesem Projekt soll versucht werden, ausländische Mitbürger verstärkt in städtische Planungsprozesse und Vorhaben einzubinden. Betreut wird das Projekt vom Büro für Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen, Köln.

4. Ausblick

Betrachtet man die gegenwärtige Entwicklung der Bevölkerungsteile in Bergkamen, so überwiegen Skepsis und Sorge. Die bisher erkennbare Tendenz der Verselbstständigung des türkischen Bevölkerungsanteils ist allein mit den Möglichkeiten einer Kommune nicht aufzuhalten.

In der weiteren Entwicklung sind verschiedene Szenarien denkbar.

Zum einen könnte sich bei den türkischen Familien die Erkenntnisse durchsetzen, dass sie ihren Kindern in einem rein türkischsprachigen Umfeld die Zukunft verbauen. Dies könnte zu einer verstärkten Bereitschaft führen, die deutsche Sprache zu erlernen und zu praktizieren

bzw. das bisherige Umfeld zu verlassen. Dies könnte langfristig dazu führen, dass der bisherige türkische Siedlungsschwerpunkt sich nach und nach auflöst.

Bleibt es bei der bisherigen Bevölkerungskonzentration, so könnte sich hieraus im negativen Sinne ein echtes Getto mit den Krisenerscheinungen, wie sie aus Amerika, aber auch aus Frankreich und England bekannt sind, entwickeln.

Vorstellbar ist allerdings auch eine Getto-Entwicklung unter positiven Vorzeichen, wie das Beispiel aus den USA mit "Little Italy" bzw. "Chinatown" zeigt. Also ein türkisch geprägter Stadtteil mit touristisch attraktiven Angeboten im Bereich Gastronomie, Einzelhandel und Unterhaltung.

Notwendig ist für die Zukunft eine breite und offene Diskussion, in der es möglich ist, auch Probleme zwischen deutschen und ausländischen Bevölkerungsgruppen offen anzusprechen, ohne sofort in den Ruf der Ausländerfeindschaft oder des Rechtsradikalismus zu geraten. Nur wenn von beiden Seiten die Probleme und Schwierigkeiten beim Namen genannt werden, ist letztlich eine Verbesserung der Situation erreichbar.

Hierzu gibt es in letzter Zeit zum Glück eine ganze Reihe ermutigender Ansätze.